

Kreis Göppingen



Vereinsgründer sucht Immobilie für Anbau

Göppingen. Der Gründer eines Cannabis-Clubs in Göppingen hält Ausschau nach Immobilien für die Aufzucht der Pflanzen. 300 Interessierte wollen Mitglied werden im Verein.
KREIS GÖPPINGEN Seite 15

Schnellrestaurant droht Blindem mit Rauswurf

Göppingen. Ein blinder Mann musste ein Schnellrestaurant in Göppingen wegen seines Hundes verlassen. Nach dem Vorfall sollen die Mitarbeiter der Filiale erneut geschult werden.
KREIS GÖPPINGEN Seite 16

Armenischer Diakon erhält Staufermedaille

Göppingen. Der Oberbürgermeister von Göppingen hat einem Geistlichen eine hohe Auszeichnung überreicht. Arman Pilibosjan macht nicht viel Aufhebens um seine Verdienste.
GÖPPINGEN Seite 17



Diakon Arman Pilibosjan nimmt die Staufermedaille entgegen.



Alle News zu jeder Zeit gibt es auf dem Nachrichtenportal **swp.de** und den sozialen Kanälen **Facebook** und **Instagram**. Der Südwesten auf einen Blick – schnell, informativ und unterhaltsam.

Das Wetter

im Südwesten



17/2 Heute
21/5 Morgen
24/10 Übermorgen

So erreichen Sie uns:

Abo-Service: 07161 204-130
aboservice.nwz@swp.de
Kleinanzeigen 07161 204-203
kleinanzeigen.nwz@swp.de
Geschäftsanzeigen 07161 204-201
anzeigen.nwz@swp.de
Redaktion 07161 204-143
redaktion.nwz@swp.de

73014 Göppingen, Postfach 1469
Nummer 84 · 79. Jahrgang · E 5403



Auferstanden aus Ruinen

Fast sieben Jahre steckte sie unter der Erde fest – und wird nun freigelegt: Nach einer spektakulären und folgenreichen Havarie im Jahr 2017 in einem Tunnel unterhalb der Rheintalbahn sind erste Teile der damals verschütteten und einbetonierten Tunnelbohrmaschine „Wilhelmine“ wieder zum Vorschein gekommen. Erst wenn der Tunnelbohrer demontiert ist, kann die Oströhre des Tunnels Rastatt weitergearbeitet werden. *Foto: Uli Deck/dpa*

Kommentar

Ulrich Becker
zum Vertrauen in regionale Medien



Die Zeitung ist wichtig

Kaum ein Begriff verbindet sich stärker mit der Querdenker-Szene als der oftmals hasserfüllt ausgestoßene Ruf „Lügenpresse“. Während der Coronazeit wurde er salonfähig, und wer sich in Gesprächen als Journalist outet, kann fest damit rechnen, darauf angesprochen zu werden.

Ganz im Gegensatz dazu stehen die Ergebnisse des neuesten BaWü-Checks. Fast 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger im Land halten die regionale Tageszeitung für die vertrauenswürdigste Quelle. Radio, TV und vor allem soziale Netzwerke liegen weit abgeschlagen dahinter.

Die Ergebnisse des Forschungsinstitutes Allensbach freuen uns in der Redaktion – aber sollten auch nachdenklich machen. Nur weil radikale Schreihäse Berufsgruppen – von Journalisten über Politiker bis hin zu Rettungskräften – verächtlich machen oder gar angreifen, haben sie nicht zwangsläufig recht. Die Tageszeitung ist unerlässlich, wenn man sich über die Geschehnisse vor Ort informieren will. Dort arbeiten – in allen Redaktionen – Profis, die ihr Geschäft verstehen. Sie berichten nach bestem Wissen und Gewissen. Die Lügner sitzen woanders. Gut, dass das die meisten Menschen wissen.

Waigel für harten Kurs

AfD Der ehemalige Finanzminister plädiert für Grundrechtsentzug.

Ulm. Der ehemalige Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) unterstützt die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und die AfD. „Ich habe auch der CSU geraten, daran teilzunehmen“, sagte er im Interview mit dieser Zeitung. Das sei notwendig, „um den immer frecher werdenden Gegnern der Demokratie und diesem widerlichen nationalistischen und völkischem Geschwätz“ zu begegnen. Dabei plädiert Waigel auch für den Entzug von Grundrechten für besonders radikale AfD-Politiker. *Hö Interview*

Bürger im Land sorgen sich um Wohnungsbau und Nahverkehr

BaWü-Check Vor den Kommunalwahlen sind die Erwartungen an die Politik groß – das Engagement aber nicht. Viele junge Leute wollen nicht einmal wählen. *Von Elisabeth Zoll*

Es ist ein Novum: Bei der Kommunalwahl in Baden-Württemberg am 9. Juni können erstmals auch 16- und 17-Jährige antreten. Damit soll das Interesse junger Menschen an Kommunalpolitik gestärkt werden. Doch wirklich gelingen will das nicht. Nur 43 Prozent der 18- bis 29-Jährigen sind laut einer Umfrage der Tageszeitungen im Land, dem BaWü-Check, fest entschlossen, das Wahlrecht auch zu nutzen, weitere 37 Pro-

zent können sich das zumindest vorstellen. Zum Vergleich: Von der Gruppe aller Wahlberechtigten sind 62 Prozent „ganz sicher“, dass sie am 9. Juni wählen gehen.

Die Bürger haben klare Erwartungen an die Gewählten vor Ort. Mit großem Abstand hoch im Kurs steht die Forderung, dass sich Politik mehr um bezahlbaren Wohnraum kümmern muss. Auch der Ärztemangel ist vor Ort ein Topthema, ebenso die Situation der Flüchtlinge

und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Allerdings unterscheiden sich Erwartungen je nachdem, wo man lebt.

Die hohe Erwartungshaltung an die Politik geht nicht einher mit einer ähnlich hohen Bereitschaft, sich für kommunale Belange in Gemeinde- oder Kreisräten einzusetzen. Für gut zwei Drittel der Befragten kommt dies nicht in Betracht. Nur eine Minderheit hat schon einmal erwogen, sich bei einer Kommunalwahl aufstellen zu lassen, deutlich mehr Männer als Frauen. Wertgeschätzt wird das En-

gagement von Gemeinderäten vor allem von jenen, die sich für Kommunalpolitik interessieren und abschätzen können, welchen Aufwand es bedeutet, sich für die Gemeinde einzusetzen.

Für die Vermittlung des lokalen Geschehens sind regionale Tageszeitungen von großer Bedeutung. 58 Prozent der Befragten informieren sich über sie. Der Grund: 59 Prozent der Befragten insgesamt und 80 Prozent der Zeitungsleser schätzen dieses Medium als glaubwürdig.

Kommentar Südwestumschau

EU-Parlament stimmt Asylreform zu

Migration Bundesinnenministerin Faeser fordert rasche Umsetzung der Verschärfung.

Brüssel. Das Europäische Parlament hat den Weg für die umstrittene EU-Asylreform freigegeben. Nach jahrelangen Diskussionen stimmten die Abgeordneten für das Paket, mit dem die bisherigen Regeln für Migration in die EU deutlich verschärft werden sollen. Demnach sollen die Mitgliedstaaten zu einheitlichen Verfahren an den Außengrenzen verpflichtet

werden, damit rasch festgestellt werden kann, ob Asylansprüche unbegründet sind und die Geflüchteten dann schneller und direkt von der Außengrenze abgeschoben werden können. Geplant ist insbesondere ein deutlich härterer Umgang mit Menschen aus Ländern, die als relativ sicher gelten.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will sich dafür

einsetzen, dass die nun beschlossene Reform möglichst schnell Wirkung entfaltet. „Wir haben uns nach jahrelangen harten Verhandlungen auf dieses umfassende Paket geeinigt. Damit haben wir eine tiefe Spaltung Europas überwunden.“

Die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Andrea Lindholz (CSU), sagte, Faeser dürfe sich nicht auf der Hoffnung auf den Ruhm durch eine solche Aktion.

Leider war dem Objekt, über dessen Aussehen das Museum schweigt, kein Erfolg beschieden. Das Bild wurde abgehängt und dem Hobbykünstler statt öffentlicher Aufmerksamkeit eine Kündigung zuteil. Und die Polizei ermittelt wegen Sachbeschädigung: Fürs Aufhängen des Bildes hatte er zwei Löcher gebohrt. Aber vielleicht lässt sich aus denen auch noch ein Kunstwerk machen. *Stefan Kegel*

Entgangener Ruhm

Pablo Picasso soll einmal den schönen Satz gesagt haben: „Das Geheimnis der Kunst liegt darin, dass man nicht sucht, sondern findet.“ Das gilt im metaphysischen Bereich – dem unerklärbar Anziehenden, das man bei bestimmten Musikstücken, Bildern oder Skulpturen empfindet – genauso wie im realen Leben. Zum Beispiel an einem Durchgang in einem Münchner Museum.

Ganz in Picassos Wortsinn hatten nämlich die Mitarbeiter der Pinakothek der Moderne Ende Februar ein besonders

scharfes Auge: Sie fanden, obwohl sie nicht gesucht hatten. Plötzlich hing es einfach da, dieses Gemälde. Irgendwo zwischen den Werken renommierter Künstler wie Georg Baselitz oder Paul Klee. 90 mal 120 Zentimeter groß war es, und es gehörte dort nicht hin. Der Vorfall wurde erst jetzt bekannt – zusammen mit der Lösung des Rätsels: Ein 51-jähriger Angestellter hatte das selbst geschaffene Gemälde heimlich aufgehängt, offensichtlich in der

Ampel-Koalition Einigung bei Mietpreisbremse

Berlin. Die Ampel-Koalition hat sich auf eine Verlängerung der eigentlich 2025 auslaufenden Mietpreisbremse bis zum Jahr 2029 geeinigt. Dies gaben die Regierungsfractionen bekannt. Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge sprach von „einer sehr guten Nachricht, dass die Koalitionspartner nun ihre gegenseitige Blockade aufgegeben haben“. Nun sollten weitere Maßnahmen zum Mieterschutz umgesetzt werden. *afp Themen des Tages Seite 2*

Digitalisierung Kabinett ruft Ausschuss an

Berlin. Im Streit zwischen Bund und Ländern über die Reform des Onlinezugangsgesetzes zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung hat das Bundeskabinett den Vermittlungsausschuss angerufen. Nachdem das Vorhaben im Bundesrat Ende März nicht die nötige Mehrheit bekommen hatte, stockt der Gesetzgebungsprozess. Ab 2028 sollen Bürger über ein digitales Bürgerkonto einen verbindlichen Zugang zu Behörden des Bundes bekommen. *dpa*